



ERKLÄRUNG VON EUSKADI

Die Präsidentinnen und Präsidenten, die an der 12. Konferenz der regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnis in der Europäischen Union am 3. und 4. November im Baskenland teilnehmen,

(Liste der Unterzeichner der Erklärung des Baskenlandes)

haben einvernehmlich folgende Erklärung verabschiedet:

Vertrag von Lissabon

1. Die CALRE hofft zuversichtlich, dass die im Ratifizierungsprozess des Vertrags von Lissabon aufgetretenen Probleme gelöst werden und der Vertrag möglichst bald in Kraft treten kann.
2. Die CALRE unterstützt die im Juni und Oktober 2008 vom europäischen Rat ausgedrückte Haltung, den Ratifizierungsprozess des Vertrags von Lissabon fortzusetzen.
3. Die institutionelle Reform der Europäischen Union ist heute erforderliche denn je, um die Anpassung der Verfahren bei der Entscheidungsfindung an eine heute 27 Mitgliedsstaaten umfassende Struktur zu gewährleisten und sie muss notwendigerweise die der Politik des 21. Jahrhunderts eigenen Forderungen nach Transparenz, Effizienz und Beteiligung vertiefen.
4. Auch müssen unbedingt die wertvollen Beiträge in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, sowie im "Europa der Rechte" gefestigt werden, die in diesem Vertrag verankert sind. Insbesondere die entscheidenden Fortschritte im Bereich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts und in der Anerkennung der Rechtswirksamkeit der Grundrechtecharta der Europäischen Union.



5. Die Präsidentinnen und Präsidenten erachten es als unerlässlich, dass die künftigen Regelungen diejenigen Bestimmungen des Vertrags von Lissabon beibehalten, die eine Stärkung des Parlamentarismus auf regionaler, staatlicher und europäischer Ebene bedeuten.

6. Die CALRE hält eine umfassende, offene und partizipative Reflexion über die Zukunft Europas für erforderlich. Zuerst die niederländische und französische Ablehnung des Verfassungsvertrags und später das irische Nein zum Vertrag von Lissabon bringen die Vorbehalte eines Großteils der europäischen Bürger gegenüber der Form, in der sich die europäische Einigung derzeit vollzieht, zum Ausdruck.

7. Die Präsidentinnen und Präsidenten der CALRE sind der Auffassung, dass diese Reflexion das Modell der europäischen Einigung an den neuen Formen politischer Willensbildung ausrichten muss, welche die heutige Gesellschaft verlangt. Die Einigung muss von unten nach oben erfolgen, wobei die Transparenz des gesamten Prozesses zu gewährleisten sowie effiziente, ständige und verbindliche Mechanismen der Bürgerbeteiligung einzurichten sind, die garantieren, dass das dabei entstehende Europa den Bedürfnissen und Forderungen der Gesellschaft gerecht wird, der es dienen muss.

8. In dieser Hinsicht stellen wir als Regionalparlamente eine der geeignetsten Ebenen für die Kanalisierung der Bürgerbeteiligung an diesem europäischen Einigungsprozess dar. Unsere Nähe und unsere Kenntnis der gesellschaftlichen Forderungen des Umfelds machen uns zu einem unverzichtbaren strategischen Element, um Europa den Bürgerinnen und Bürgern näherzubringen und zu garantieren, dass das Europäische Projekt unter der Bürgerschaft über eine möglichst breite Zustimmung verfügt.



EUSKO LEGEBILTZARRA
PARLAMENTO VASCO

9. Daher fordert die CALRE die europäischen Institutionen auf, ständige Mechanismen für eine aktive Mitwirkung der europäischen Regionen an allen Entscheidungen und Projekten zu schaffen, die gestartet werden, um über die Reform der Europäischen Union nachzudenken und/oder diese in Angriff zu nehmen.

Kontrolle des Subsidiaritätsgrundsatzes

10. Als gesetzgebende Regionen in Europa stehen wir vor der großen historischen Herausforderung, aktiv an der Kontrolle eines der Grundprinzipien mitzuwirken, die den Betrieb der Europäischen Union regeln. Diese aktive ständige Mitwirkung, die uns das neue Subsidiaritätsprotokoll zum Vertrag von Lissabon zubilligt, ist eine der Forderungen, die vor nun bereits zwölf Jahren zur Gründung der CALRE führten. Sie stellt seitens der Europäischen Union die Anerkennung der regionalen Gesetzgebungsebene als eingebundener und integrierender Bestandteil der europäischen Politik dar.

11. Unsere Mitwirkung an diesem Verfahren zur Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips ist unverzichtbar, um im europäischen Entscheidungsfindungsprozess ein Höchstmaß an Transparenz und Effizienz, das heißt eben, Demokratie zu gewährleisten. Die CALRE und die ihr angehörenden Präsidentinnen und Präsidenten haben diese Herausforderung mit Zufriedenheit über diese Wertschätzung angenommen, die diese Anerkennung für den Regionalismus in der Europäischen Union darstellt.

12. Die Verzögerungen bei der Anwendung des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprotokolls, die zuerst bei den Ratifizierungsverfahren des Verfassungsvertrags und später des Vertrags von Lissabon auftraten, haben die Anwendung der neuen Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Kontrollverfahren des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes vorerst vertagt.

13. Die CALRE hält es für unverzichtbar, innerhalb der Europäischen Union eine interinstitutionelle Vereinbarung zu treffen, die darauf ausgerichtet ist, die Anwendung der Verfahren zu gewährleisten, die im Subsidiaritätsprotokoll im Anhang zum Vertrag von Lissabon vorgesehen sind.

14. Die Präsidentinnen und Präsidenten fordern die Europäische Kommission auf, die nationalen Parlamente weiterhin über die Initiativen zu unterrichten, die sie im Bereich der geteilten Zuständigkeit mit den Mitgliedstaaten ergreift und *de facto* die durch das neue



EUSKO LEGEBILTZARRA
PARLAMENTO VASCO

Subsidiaritätsprotokoll für ihre Initiativen vorgeschriebenen Prüfkriterien anzunehmen.

15. Die CALRE nimmt die Schlussfolgerungen des 9. Halbjahresberichts: Entwicklung in der Europäischen Union sowie für die parlamentarische Überprüfung relevante Verfahren und Praktiken, der im Mai 2008 von der COSAC verabschiedet wurde, zu Kenntnis und bedauert, dass in dem Kapitel über die sich aus der Anwendung des neuen Subsidiaritätsprotokolls für die nationalen Parlamente ergebenden Folgen nicht diejenigen Folgen berücksichtigt wurden, die sich aus den im Protokoll vorgesehenen Konsultationen bei dem regionalen Parlamenten ableiten.

16. Daher fordert die CALRE die nationalen Parlamente auf, Verfahren zur Information, Konsultation und Berücksichtigung der Positionen zu entwickeln, die ihnen von den regionalen Parlamenten über die Vereinbarkeit der europäischen Initiativen mit den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und Subsidiarität in ihrem Zuständigkeitsbereich zugehen.

Reform der Europäischen Kohäsionspolitik

17. Im Bereich der Reform der Europäischen Kohäsionspolitik nimmt die CALRE die vorläufigen Schlussfolgerungen des im Juni dieses Jahres von der Europäischen Kommission vorgelegten Fünften Zwischenberichts über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu Kenntnis und begrüßt die umfassende Beteiligung der europäischen Regionen an dem von der Europäischen Kommission für die Ausarbeitung dieses Berichts eingerichteten Konsultationsverfahren.

18. Die CALRE begrüßt die Willensbekundung der Europäischen Kommission zur Fortsetzung der Kohäsionspolitik bis zur Schwelle 2020 und fordert die Kommission dazu auf, im Einzelnen anzugeben, welche Sektoren und Bereiche wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung von 2013 bis 2020 Gegenstand der Kohäsionspolitik sein werden.

19. Die CALRE nimmt ebenso zufrieden die Maßnahmen auf, die auf eine größere Transparenz des Systems der Zuweisung der finanziellen Mittel an die europäischen Staaten und Regionen hinauslaufen und ermuntert die Europäische Kommission, diesen Bereich durch Erstellung von Studien und Berichten, welche die Wirksamkeit der bislang betriebenen europäischen Kohäsionspolitik festlegen sollen, zu vertiefen.

Die Zusammenarbeit mit dem Europarat



EUSKO LEGEBILTZARRA
PARLAMENTO VASCO

20. Die Präsidentinnen und Präsidenten begrüßen das zwischen der CALRE und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats getroffene Kooperationsabkommen. Sie sind der Auffassung, dass dieses Abkommen dem Parlamentarismus in Europa, der interinstitutionellen Zusammenarbeit und der Entwicklung der Regionaldemokratie, all dies Schlüsselfragen des Gedankenguts der CALRE und der Parlamentarischen Versammlung, zugute kommt.

21. Die CALRE verpflichtet sich, die Möglichkeiten zum Abschluss ähnlicher Kooperationsvereinbarungen mit anderen Organen des Europarats und vor allem dem Kongress der Gemeinden und Regionen auszuloten.

22. Die Präsidentinnen und Präsidenten der CALRE zeigen sich bereit, die Ratifikation der Europäischen Charta der Regionalen Demokratie durch ihre jeweiligen Staaten voranzutreiben sowie zu fördern und gemeinsam mit dem Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats dahingehend zu arbeiten, dass das erforderliche Einvernehmen über dieses grundlegende Werkzeug zur Weiterentwicklung der Regionalisierung und der Demokratie in Europa erzielt wird.

Sonstige europäische Bereiche der interinstitutionellen Zusammenarbeit

23. Die Präsidentinnen und Präsidenten wiederholen erneut ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen und Organen, vor allem dem Europäischen Parlament, der Kommission, dem Ausschuss der Regionen, der COSAC und dem Europarat, um die Demokratie in Europa zu stärken.

24. Die Nähe zur Bürgerschaft der europäischen Regionalparlamente stellt im derzeitigen Kontext der Wahlen zum Europäischen Parlament und der Ungewissheit über die Zukunft Europas einen unschätzbaren Wert dar. Diese privilegierte Position und unsere Legitimität als Empfänger der Stimme eines Großteils der europäischen Bürgerschaft ist das höchste Gut, über das wir als regionale Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen verfügen. Wir stellen dies den europäischen Institutionen und denjenigen zur Verfügung, die am Aufbau eines nach Außen hin vereinten und starken sowie im Inneren solidarischeren Europas mit mehr Zusammenhalt arbeiten.